

GKV–Finanzen auf dem Prüfstand

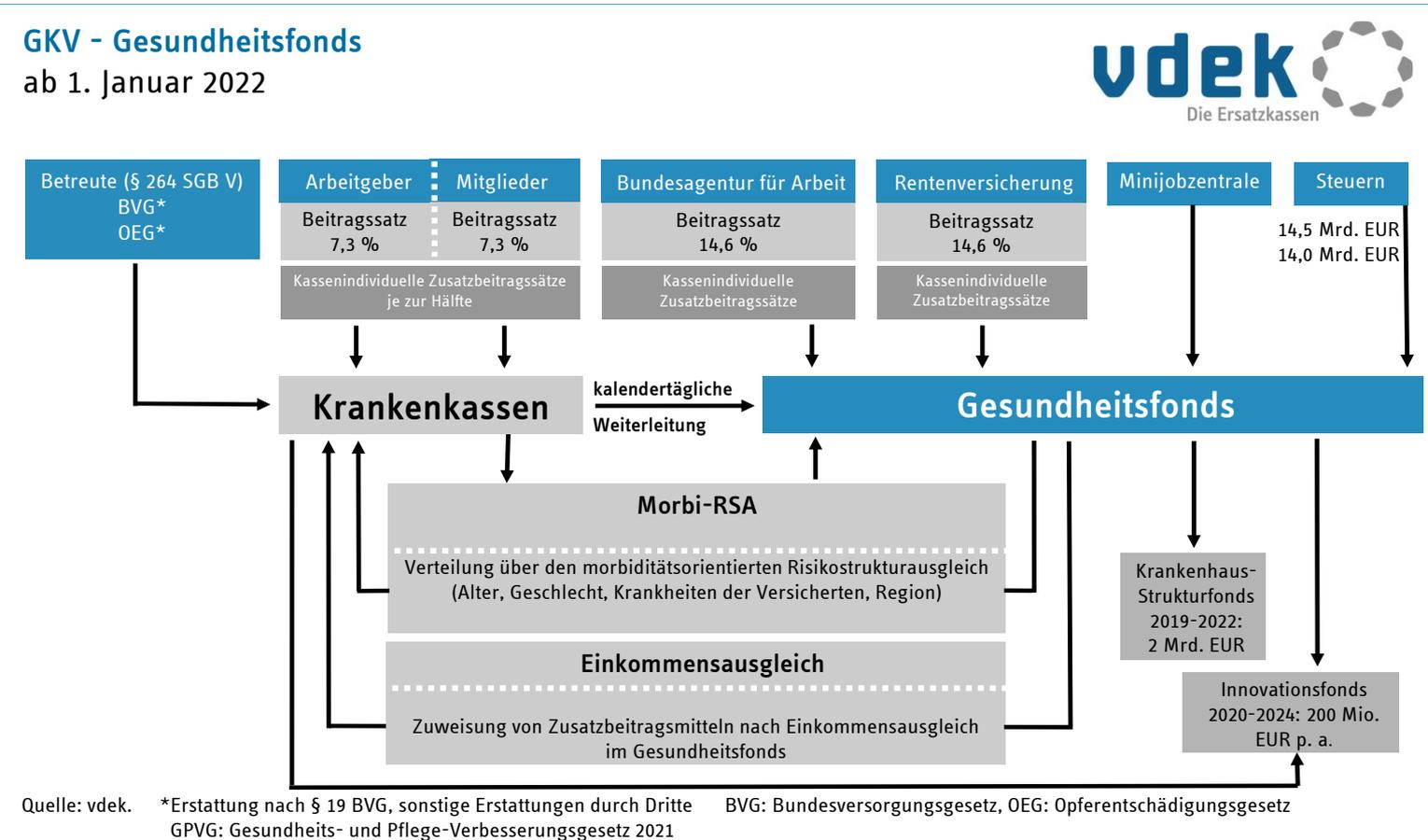
Ulrike Elsner
Vorstandsvorsitzende des Verbandes der Ersatzkassen e. V.
(vdek)

vdek–Pressefrühstück
am 18. August 2022 in Berlin

Gliederung

1. Wie funktioniert das Finanzierungssystem der GKV
2. Aktuelle Finanzlage der GKV
3. Finanzbedarf 2023
4. GKV–Finanzstabilisierungsgesetz
5. Forderungen für eine nachhaltige Finanzierung

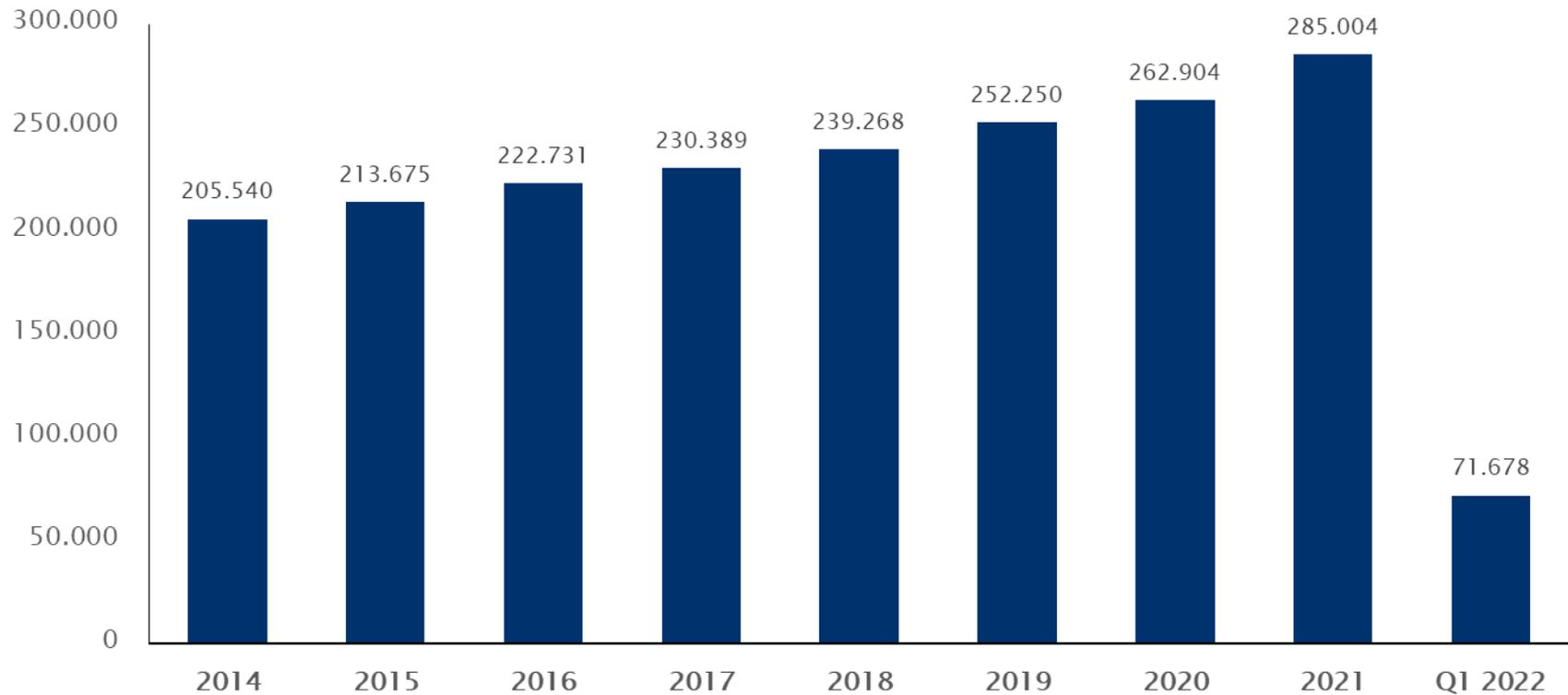
Wie funktioniert das Finanzierungssystem der GKV?



Finanzlage der GKV

Ausgabenentwicklung der GKV

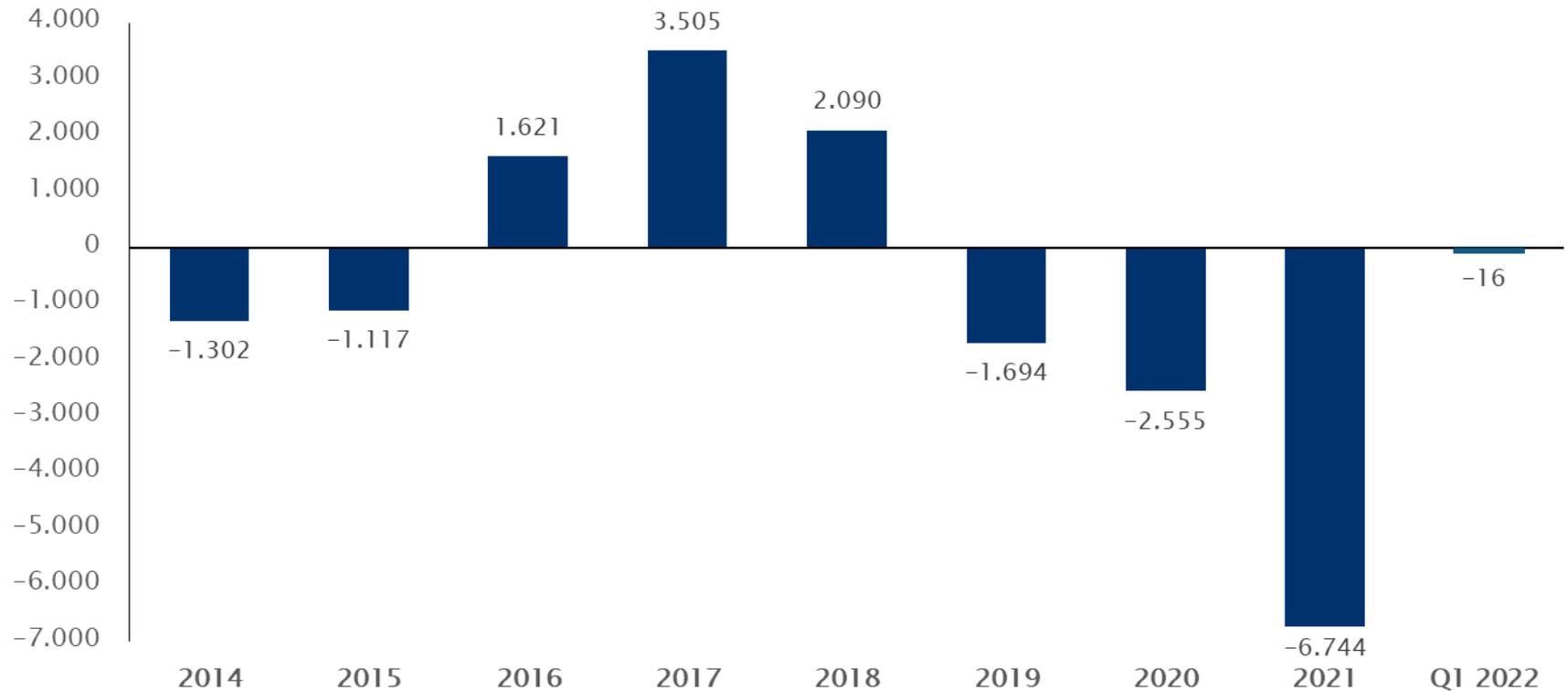
in Mio. Euro



Finanzlage der GKV

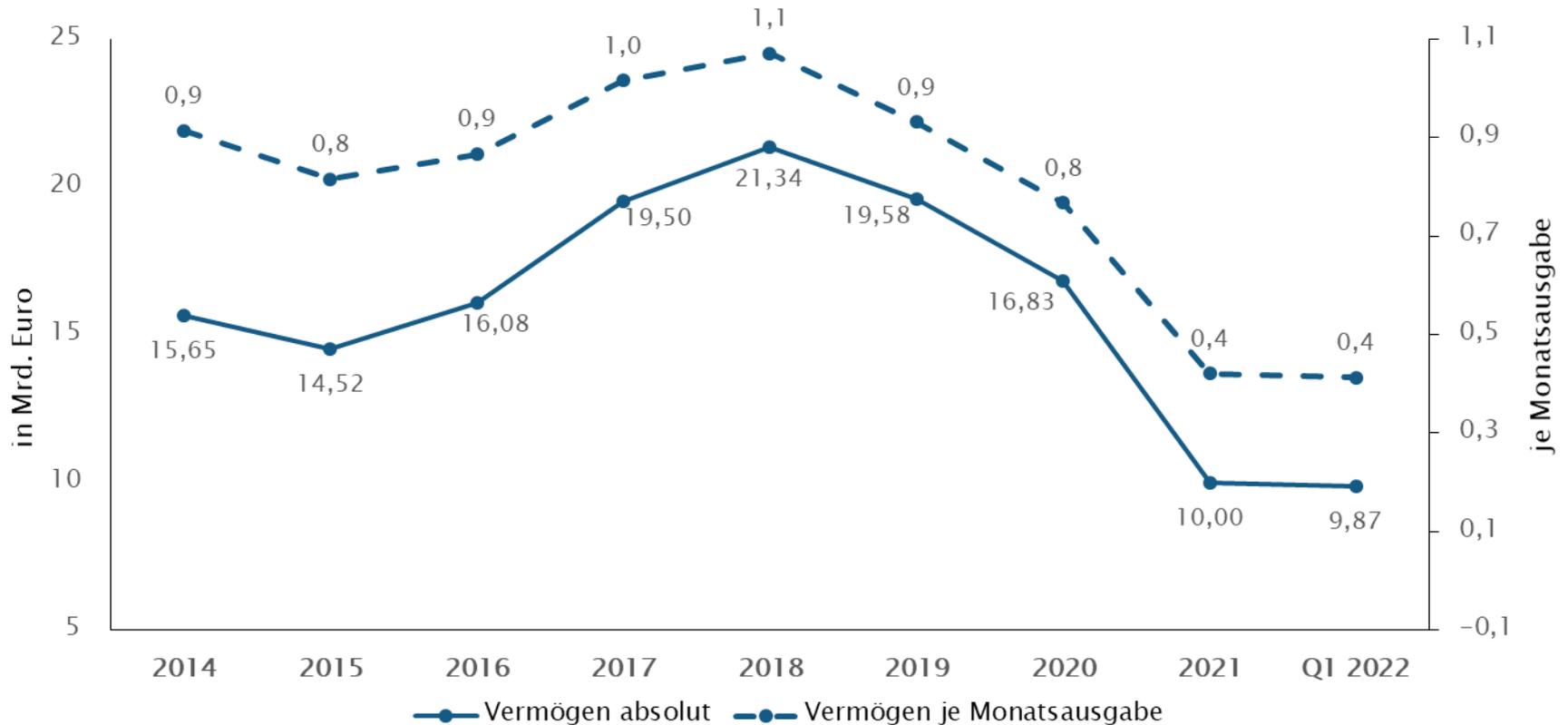
Finanzergebnis der GKV

in Mio. Euro



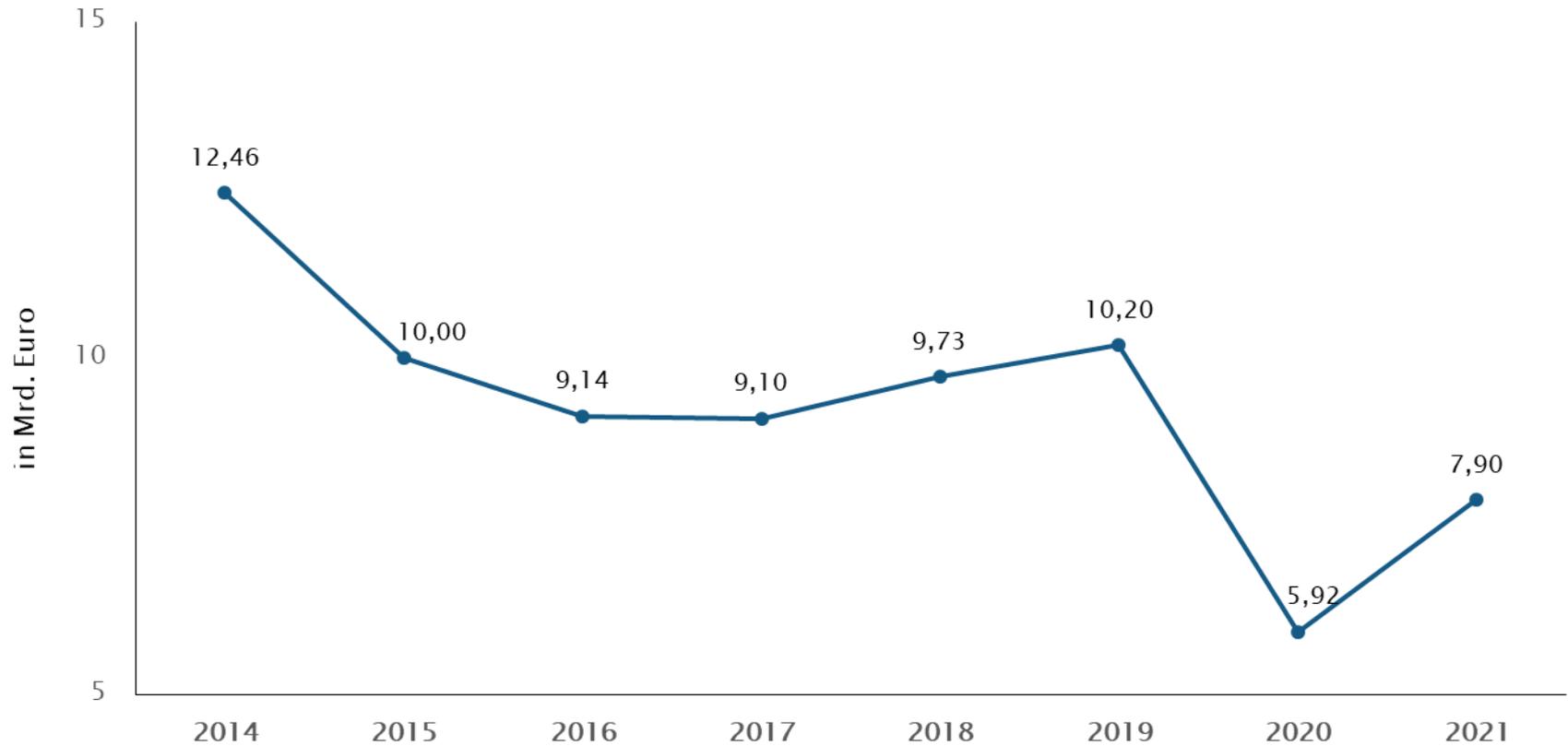
Finanzlage der GKV

Vermögensentwicklung der Krankenkassen



Finanzlage der GKV

Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds



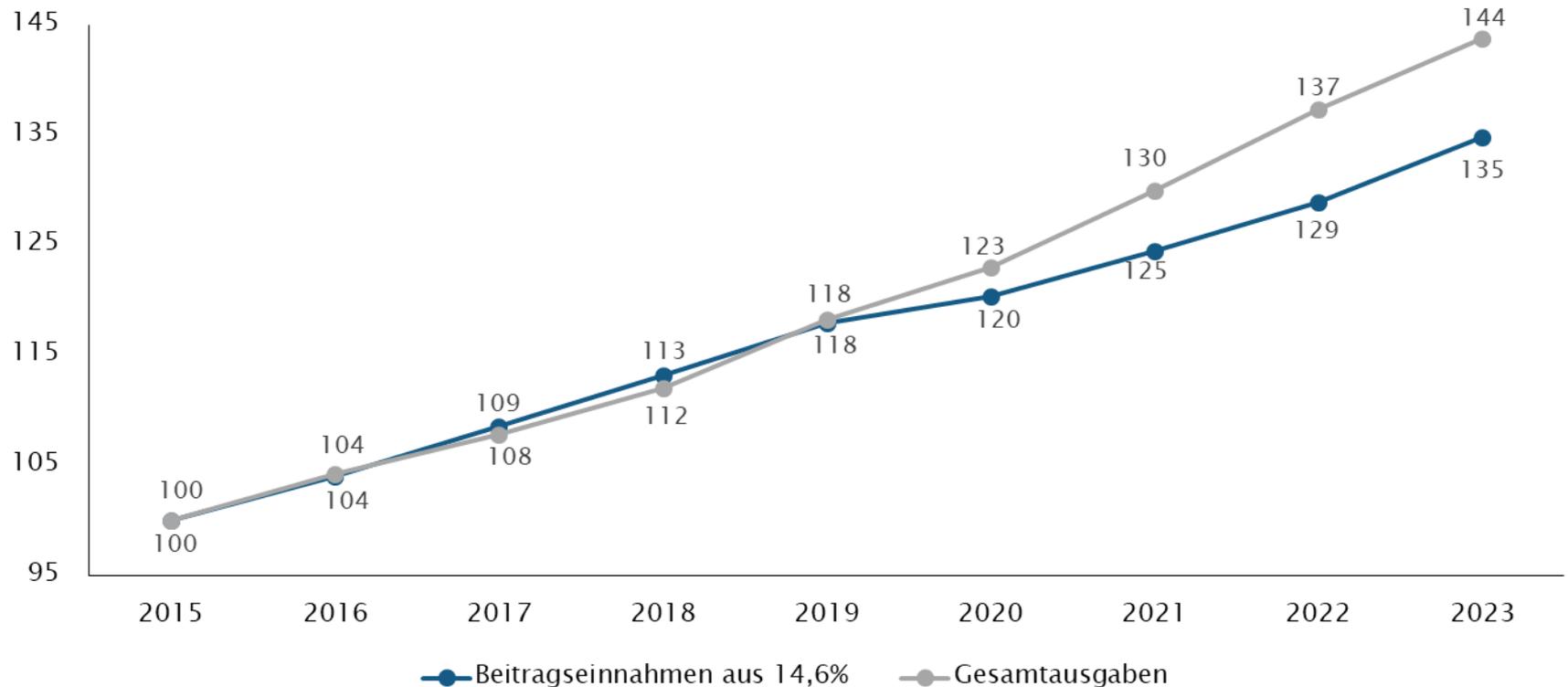
Finanzbedarf 2023

- Geschätzte Finanzierungslücke von 17 Milliarden Euro
- Gründe für die Finanzierungslücke:
 - Ausgaben entwickeln sich seit Jahren dynamischer als Einnahmen
 - Hohe Ausgabensteigerungen durch teure Gesetzgebung in der letzten Legislaturperiode
 - Sonderbundeszuschüsse in Höhe von 14 Mrd. Euro entfallen
 - Zuführung aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds in Höhe von 1,5 Mrd. Euro entfällt
 - Unterdeckung der ALG II-Empfänger
 - Finanzierung des erhöhten Mehrwertsteuersatzes von 19 Prozent für Arzneimittel (geschätzte Höhe: 9 Mrd. Euro)

Finanzbedarf 2023

Hintergründe

Einnahmen- und Ausgabenschiere der GKV
2015 = 100

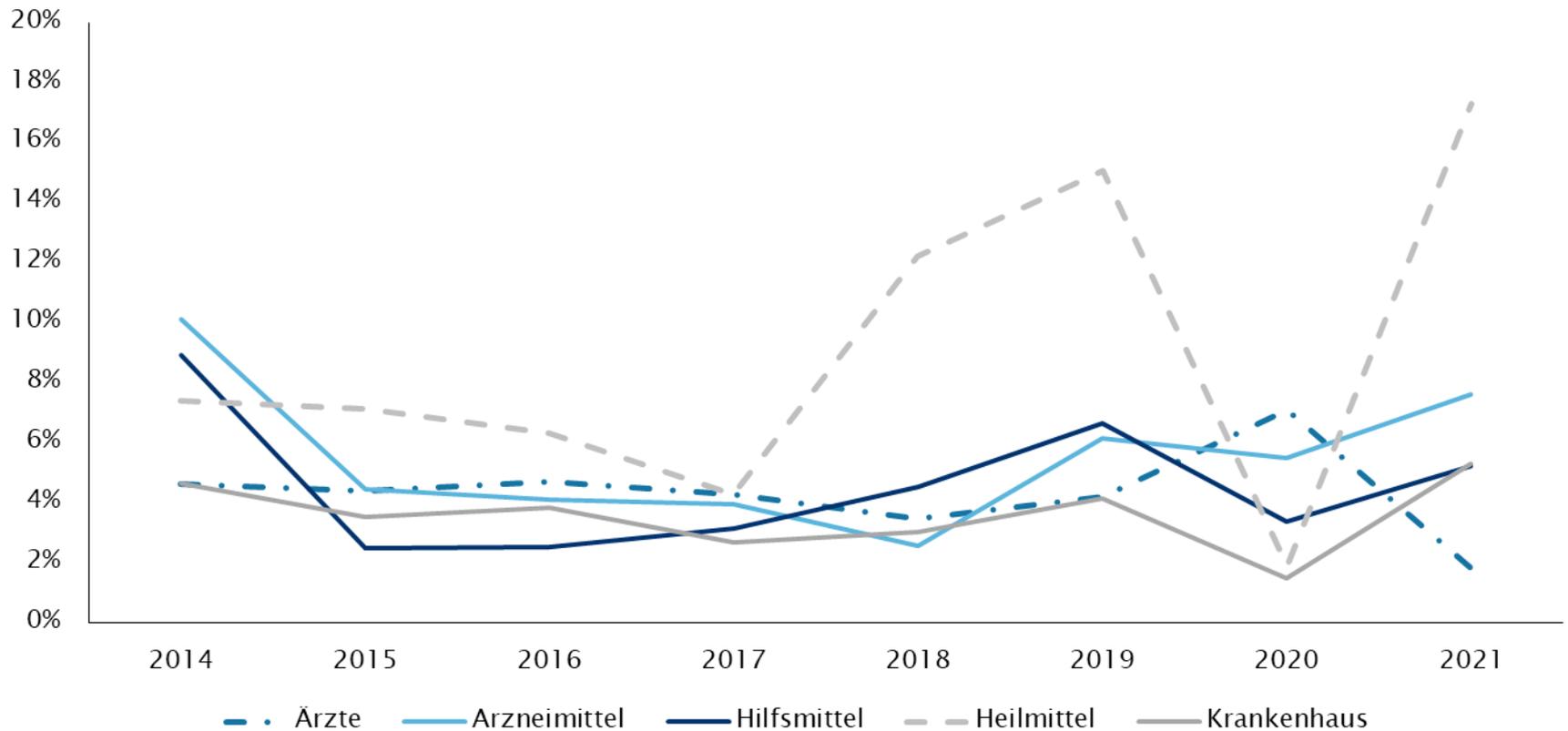


Quelle: KJ1 2018–2021; eigene Schätzung 2022–2023

Finanzbedarf 2023

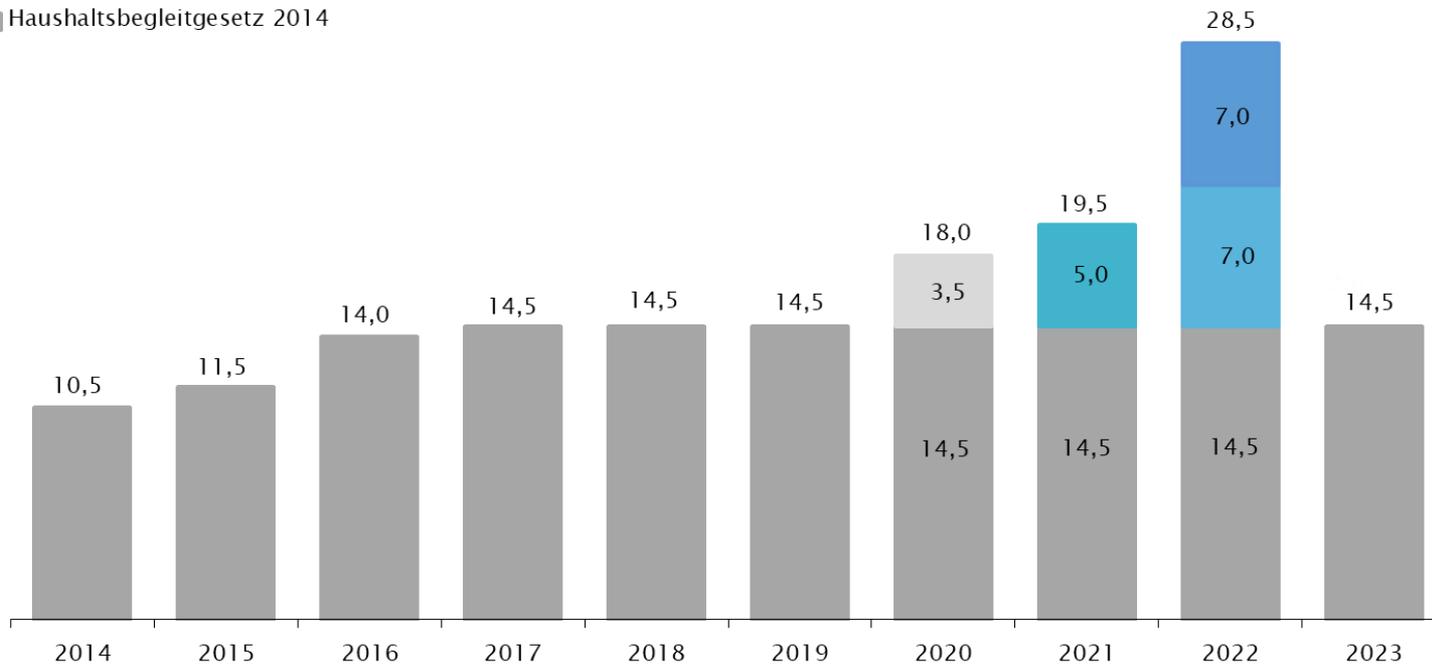
Hintergründe

Ausgabenentwicklung 2014 – 2021



Finanzbedarf 2023 Hintergründe

- Bundeszuschussverordnung
- Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz – GVWG
- Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz – GPVG
- Haushaltsbegleitgesetz 2020
- Haushaltsbegleitgesetz 2014



Bundeszuschuss in den Jahren 2014 – 2023; in Mrd. Euro

Maßnahmen des Gesetzentwurfs zum GKV-FinStG

Gesundheitsfonds und Krankenkassen

- Erhöhter Bundeszuschuss um zwei Mrd. Euro
- Bundesdarlehen in Höhe von einer Mrd. Euro
- Abschmelzen der Finanzreserven bei den Krankenkassen oberhalb der Mindestreserve mit Freibetrag von drei Mio. Euro
- Absenken der Liquiditätsreserve im Gesundheitsfonds auf 0,25 Monatsausgaben

Maßnahmen des Gesetzentwurfs zum GKV-FinStG

Arzneimittel

- Verkürzung des Zeitraums der freien Preisbildung im AMNOG-Verfahren. Erstattungsbetrag gilt ab dem 7. Monat.
- Erhöhung des Herstellerabschlags für Fertigarzneimittel von sieben auf 12 Prozent
- Verlängerung des Preismoratoriums um weitere 4 Jahre
- Erhöhung des Apothekenabschlags für zwei Jahre

Maßnahmen des Gesetzentwurfs zum GKV-FinStG

Vertragsärztliche und -zahnärztliche Versorgung

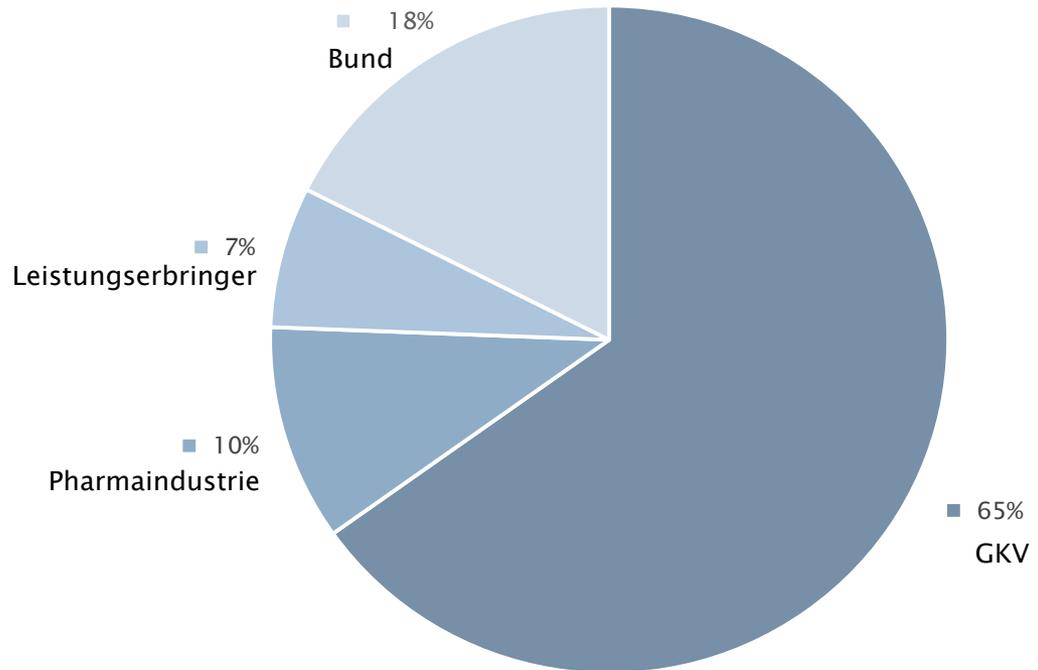
- Bereinigung und Deckelung von Honoraren nach dem TSVG
- Begrenzung der Vergütungssteigerungen bei Zahnärzten in 2023 und 2024

Finanzwirkung der Maßnahmen

Maßnahme	GKV	Pharmaindustrie	Leistungserbringer	Bund
Zusätzlicher Bundeszuschuss				2,000
Bundesdarlehen				1,000
Abbau Kassenreserven	4,000			
Senkung Obergrenze Liquiditätsreserve	2,400			
Deckelung Verwaltungskosten	0,025			
Anhebung Zusatzbeitrag um 0,3 %	4,700			
Erhöhung Herstellerabschlag auf 12 %		1,000		
Rückwirkung §130b-Preis		0,150		
ZN-abhängige §130B-Preis + zVT-Abschlag		0,250		
Preis-Mengen-Komponente §130b-Preis		0,050		
Berücksichtigung unwirtschaftliche Packungsgrößen		0,050		
Kombinationsabschlag		0,185		
Absenkung Orphan-Drug-Umsatzschwelle		0,100		
Verlängerung Preismoratorium		"(1,8)"		
Ausschluss Doppelfinanzierung Pflegebudgets			0,375	
Abschaffung Neupatientenpauschale TSVG			0,500	
Unbefristete Bereinigung Offene Sprechstunde			?	
Begrenzung Steigerung zahnärztl. Vergütung			0,120	
Erhöhung Apothekenabschlag auf 2 €			0,170	
Summe	11,125	1,785	1,165	3,000

Angaben in Mrd. Euro

Ungleiche Verteilung der Lasten



Die Beitragszahler werden im Vergleich überproportional stark herangezogen, um die Finanzlücke zu schließen!

Forderungen

Es braucht eine nachhaltige und langfristige Lösung für die Finanzsituation der GKV!

- Auskömmliche Finanzierung der Gesundheitsversorgung für ALG-II-Empfänger.
- Absenkung der Mehrwertsteuer für Arzneimittel auf sieben Prozent.
- Jährliche Dynamisierung des Bundeszuschusses.
- Wenn Beitragssatzsteigerungen unumgänglich sind, muss der allgemeine Beitragssatz angehoben werden.